



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/78 - 3. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24821-23

Fernschreiber 0286890

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonner Ruf nach Atomwaffen	S. 1
Deutsch-französische Parlamentarierdiskussion	S. 3
Vor den deutsch-holländischen Verhandlungen	S. 6
Lastenausgleichsgesetz vor dem Bundestag	S. 8
Cyrenkiewicz und der Warschauer Pakt	S. 9

Gleichberechtigung im Wettlauf mit dem Atomtod?

A.E. Um der Gleichberechtigung willen müssen die auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten deutschen und alliierten Streitkräfte mit den gleichen modernen Waffen ausgerüstet sein wie ihre Verbündeten. Dieser Ruf nach Gleichberechtigung bezieht sich vor allem auf das Verlangen nach atomaren Waffen für die Bundeswehr. Jedes andere Verfahren, so lässt sich der offizielle Pressedienst der CDU/CSU und Herr Dr. Lenz vernehmen, wäre Diskriminierung.

Der grössten Regierungspartei missfallen die von ernstesten Besorgnissen um die Zukunft unseres Volkes getragenen Warnungen der deutschen Sozialdemokratie vor den Folgen einer Aufstapelung von Atomwaffen auf dem Gebiet Westdeutschlands. Sie meint, die SPD könne nicht der Auffassung sein, dass der Bundesrepublik die Gleichberechtigung versagt bleibe und sie diskriminierend behandelt wird. Die SPD ist immer für den Grundsatz: Gleiches Recht und gleiche Pflichten eingetreten, aber es kommt auch entscheidend darauf an, in welchen Bereichen ein solches Prinzip verwirklicht werden soll oder verwirklicht ist. Die Bewaffnung der Bundeswehr mit den allerschrecklichsten Waffen ist genau der Punkt, um den sich die Bemühungen um eine völlige Gleichberechtigung nicht konzentrieren sollten - angesichts der besonderen Lage, in der wir uns als gespaltenes Volk befinden. Das völlige Gleichziehen der Bundeswehr etwa mit den hochgerüsteten USA, das den Aufrüstungsaposteln vorschwebt, bringt die Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands in eine Abhängigkeit, die auf die Dauer jede eigene auf die Wiedererringung der staatlichen Einheit unseres Volkes gerichtete Initiative verbaut, ganz abgesehen davon, dass sie nicht zur Sicherheit beiträgt und uns in die

atomare Selbstzerstörung führt.

Die Sowjetunion, ohne deren Zustimmung die deutsche Wiedervereinigung ja nicht möglich ist, betrachtet die NATO, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, als ein gegen sie gerichtetes Bündnis. Ein bis an die Zähne bewaffnetes, von atomaren Waffen starrendes, amerikanisches Oberbefehl unterstehendes Westdeutschland kann für sie nicht gerade der ideale Verhandlungspartner sein; es wird nur ihre Neigung verstärken, nun ihrerseits den von Moskau beherrschten Teil Deutschlands mit gleichen Waffen auszurüsten. Dazu ist die Sowjetunion wohl in der Lage. Die Westalliierten rechnen schon damit. So ging die kürzlich durchgeführte Stabsübung der NATO (Lyon noir) von der Grundlage des beiderseitigen Einsatzes nuklearer Waffen in beiden Teilen Deutschlands aus. Dies muss das Deutschlandgespräch völlig erkalten lassen. Will das die CDU?

Wenn es der führenden Regierungspartei um die völlige Gleichberechtigung wirklich zu tun wäre, warum hat sie dann im Parlament Verträge durchgesetzt, die gegen dieses Prinzip laufend verstoßen? Hier öffnet sich für sie zur Korrektur ein weites Betätigungsfeld. Ist der Truppenvertrag als ein Bestandteil der Pariser Verträge mit seinen Vorrechten noch mit der Gleichberechtigung vereinbar? Für die in Grossbritannien stationierten amerikanischen Soldaten gilt das britische Gesetz; in der Bundesrepublik aber sind die alliierten Soldaten der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen. Ausserdem: Die Bundesregierung hat sich freiwillig und großzügig zur Zahlung von 1,2 Milliarden Mark Stationierungskosten verpflichtet. Zahlen Grossbritannien und Frankreich etwa auch Stationierungskosten? Nein, die Vereinigten Staaten müssen für den Unterhalt ihrer Truppen in diesen Ländern selbst aufkommen, und sie finden dies ganz in Ordnung. Ferner: Nur eine Regierung, nämlich die von Bonn, hat den alliierten Vertragspartnern ausdrücklich ein Notstandsrecht bewilligt, wohl die einschneidendste Beschränkung der Handlungsfreiheit. Ist dies noch mit der Gleichberechtigung vereinbar? Bis heute liegt noch kein deutsches Gesetz vor, das dieses Privileg der Alliierten aufhebt. Und zuletzt - obwohl die Liste der Deutschen diskriminierenden Sonderrechte und Vorbehalte der Westalliierten damit noch lange nicht erschöpft ist: Welche Schande ist doch die Telefonüberwachung! Gegen sie gibt es keine Sicherheit und keinen Schutz. Sie wird wie in den dunkelsten Tagen des Besatzungsrechtes ausgeübt, und deutsche Stellen sind nach eigenem Zugeständnis dagegen machtlos; hier hört "Borns Souveränität" auf.

Dies alles scheint die CDU als gottgegeben hinzunehmen; daran hat sie nichts auszusetzen. All dies nimmt sie in Kauf, wenn es nur mit Atomwaffen honoriert wird...

Die Rüstungspolitik der Bundesregierung läuft mit furchtbarer Konsequenz auf die Selbstvernichtung unseres Volkes hinaus. Sie ist ein Spiel mit dem Feuer und mit dem Untergang. Mit welcher tiefen Erleichterung würde es das deutsche Volk begrüssen, wenn die Bundesregierung wahrhaft gleichberechtigt mit dem von Atomfurcht gepeinigten Japan und mit anderen Ländern sich um eine Regelung bemühen würde, durch die der Schrecken des Atom-Krieges und der Verpestung der Atmosphäre gebannt würde. Solche Erwägungen liegen ihr freilich fern.

Die Beantwortung der sozialdemokratischen Anfrage nach Ziel und Zweck der gegenwärtigen Atompolitik der Bundesregierung wird dies vor allen Augen überdeutlich erkennen lassen. Hier auf diesem wirklich entscheidenden Gebiet der Sicherheit unserer Menschen ist sie durch die Opposition gestellt worden; ein Ausweichen in leere Ausflüchte wird ihr nicht gestattet sein.

Europäische Schicksalsfragen

Von Ludwig Metzger, MdB.

Im "centre d'études de politique étrangère" haben sich am 25. März neun französische und neun deutsche Parlamentarier sowie der Direktor des centre, Vernant, getroffen, um in Fortsetzung der deutsch-französischen Tagung in Bad Neuenahr miteinander zu sprechen. Von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nahmen die Abgeordneten Heinz Kühn, Peter Jacobs, Georg Kahn-Ackermann und der Schreiber dieser Zeilen teil. In dem bewusst klein gehaltenen Kreis konnte in einer noch grösseren Offenheit als in Bad-Neuenahr geredet werden. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fragen der Abrüstung, der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass die Probleme nicht getrennt voneinander gesehen werden können, dass das eine ohne das andere nicht endgültig lösbar ist.

Die Aussprache ergab Übereinstimmungen und gegensätzliche Auffassungen. Aber gerade die Gegensätzlichkeiten machten das Gespräch fruchtbar. Sie waren geeignet, die Konsequenzen aufgezeigter Wege deutlich zu machen.

Immer wieder wurde die Wiedervereinigung Deutschlands zum Angelpunkt des Gesprächs. Dass sie wünschenswert sei, wurde von allen bejaht. Aber in der Beurteilung der Möglichkeiten gab es grosse Variationen. Der frühere französische Außenminister und Ministerpräsident Robert Schuman meinte, für Deutschland und Frankreich sei die deutsche Wiedervereinigung ein natürliches Recht, aber man müsse zugeben, dass sie für die Sowjetunion eine sehr grosse Konzession bedeute. Es sei notwendig, politisches Vertrauen zu schaffen. Deshalb stehe die politische Bereinigung vor der Abrüstung. Wie gering die realen Chancen sind, die er der deutschen Wiedervereinigung beimisst, hat mit absoluter Klarheit der ehemalige Staatssekretär Maurice Schuman (MRP.) ausgesprochen. Für ihn gibt es ihre Verwirklichung erst und nur nach einer Entboltschewisierung Russlands. Einen anderen Weg sieht er nicht. Er war allerdings ehrlich genug, die aus dieser Auffassung sich ergebende notwendige Folgerung zu ziehen, dass die Wiedervereinigung in weiter Zukunft liege. Es wäre viel für die politische Klarheit bei uns gewonnen, wenn sich die deutschen Vertreter einer politischen Konzeption, die auf der politischen Linie von Maurice Schuman liegt, zu einer gleichen Offenheit durchbringen könnten.

Allerdings waren nicht alle Franzosen von gleichem Pessimismus

P/XII/78

3. April 1957

erfüllt. Es ist klar, dass für Maurice Schuman Verhandlungen mit Russland und eine Überprüfung des NATO-Paktes keinen grossen Sinn haben können. Der Senator André Aron (unabhängig) dagegen forderte Gespräche mit dem Osten mit allen Mitteln. Als einen Verzicht auf die Wiedervereinigung bezeichnete es der Senator Léon Fauch (unabhängig), wenn man nicht verhandle und wenn Deutschland nicht bereit sei, eine Geleisteistung, d.h. einen Kaufpreis, zu zahlen. Man könne nicht warten, bis die Russen auf die Proklamation der Weltrevolution verzichteten.

Selbst die NATO-freundlichen Politiker (ausser Maurice Schuman) vertraten keinen dogmatischen Standpunkt. Robert Schuman, der betonte, dass er einer der Miturheber des NATO-Paktes sei, führte aus, dass er nicht an die Ewigkeit der NATO glaube und dass er eine Lage herbeiwünsche, in der wir die NATO nicht mehr brauchten.

Der ehemalige Ministerpräsident Pleven wollte zwar auch keinen Austritt Deutschlands (d.h. der Bundesrepublik) aus der NATO, hielt aber ihre Erneuerung für geboten. Das könne dadurch geschehen, dass neue Länder aufgenommen würden, dass man die Statuten des Westens und des Ostens "symmetrisch" gestalte usw. Die Wiedervereinigung sei nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Problem.

Der französische Sozialist und ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Alain Savary stellte fest, dass niemand für ein Sicherheitssystem sei, das die dauernde Spaltung Deutschlands begründet und dass man keine Abrüstung wolle, die sie sanktioniert.

Als eine Bestätigung des sozialdemokratischen Standpunktes sehen wir an, als Dr. Wende vor der FDP Abrüstungsbeschränkungen als zwangsläufig bezeichnete, da die technische Entwicklung bei weiterer Aufrüstung zu ungeheuren Fehlinvestitionen zwingt. Z.B. seien selbst die besten Panzer heute schon veraltet, weil man inzwischen Abwehrgeschütze erfunden habe, die jeden Panzer durchschlagen. (Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt die Panzerbestellungen des Bundesverteidigungsministeriums betrachten, sehen wir, wie leichtfertig gehandelt worden ist.) Oder: Man könne Flugzeuge jetzt senkrecht aufsteigen lassen. Das führe dazu, dass ganze Serien von Flugzeugen wertlos oder im Wert herabgemindert würden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Völker auf die Dauer ihre Wirtschaftskraft erschöpfen oder schwächen,

wenn sie sich bei weiterem Aufrüsten immer wieder auf die technischen Neuerungen umstellen müssten. Letzten Endes führe aber gerade das zu einer Schwächung im ideologischen Kampf gegen den Bolschewismus. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage erörtert, ob eine Nichtbeteiligung der Bundesrepublik an einem westlichen Verteidigungssystem wirklich dazu führe, dass für die Amerikaner "nicht mehr genügend Platz" in Europa vorhanden sei, wie Robert Schuman und die Vertreter der CDU meinten. Einige Redner legten dar, dass die militärischen Basen im Herzen Europas bei den jetzigen weittragenden Waffen bei weitem nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie das noch vor kurzem der Fall war. Damit erscheine das System einer westlichen Verteidigung in einem neuen Licht.

Die deutschen Sozialdemokraten nahmen die Gelegenheit wahr, deutlich zu machen, dass sie den Verzicht der Teilnahme Deutschlands am NATO-Pakt für notwendig halten, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu ermöglichen (andernfalls bleibe nur die von Maurice Schuman vorgelegene düstere Aussicht), dass dieser Verzicht aber verwirklicht werden müsse unter gleichzeitiger Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems. Leistung und Gegenleistung müssten also Zug um Zug geschehen. Der Senator Hamon machte darauf aufmerksam, dass der Westen eben dabei sei, Dinge zu "verschenken" (z.B. durch die Verminderung englischer Truppen aus dem Zwang wirtschaftlicher Verhältnisse), die er sehr wohl bei geschicktem politischen Verhalten und bei rechtzeitigem Handeln hätte "verkaufen" können.

Die Atmosphäre des Gesprächs war freundschaftlich, und auch hier hat es sich gezeigt, dass das Verständnis für die Argumente der Sozialdemokraten gewachsen ist.

* * *

Emden blickt besorgt nach Bonn

- dt, Emden

Mit gemischten Gefühlen blicken die Menschen in Emden, dem grössten Erzuenschlaghafen der Bundesrepublik, nach Bonn, wenn, wie angekündigt, am 5. April die deutsch-holländischen Verhandlungen beginnen. Das Wort "Vorleistungspolitik" ist rasch bei der Hand; man befürchtet eine Regelung, die auf Kosten Emdens geht. Denn aus dem Jahre 1949 haben die Niederländer zwei Faustpfänder in der Hand: einige deutsche Dörfer mit insgesamt 10 000 Menschen und rund 4 000 ha Land, das zwar auf holländischem Gebiet liegt, aber deutschen Bauern gehört und auf Grund der "Traktate" von 1815 und 1824 bis 1945 von den deutschen Eigentümern bewirtschaftet wurde. Bei Kriegsende war dieses Land "Feindeigentum" und wurde konfisziert. Beides, die beschlagnahmten Dörfer und das "Traktatland", sind unter NATO-Brüdern höchst dubiose Faustpfänder, von denen sich Holland sicherlich nicht allzu schwer trennen würde, freilich nicht ohne Kompensation. Dabei, so fürchtet man in Emden, werde die Küste zum Handkuss kommen. Das Stichwort heisst hier "Dollart".

Der Dollart ist ein Meerbusen gegenüber Emden, den im 14. Jahrhundert eine riesige Sturmflut in das Land gerissen hat. Seither hat der Dollart eine für Emden lebenswichtige Aufgabe: bei Flut stauen sich hier 100 Mill. Kubikmeter Wasser, die beim Abströmen die 150 bis 200 Meter breite Fahrrinne, Emdens Verbindung zum offenen Meer, freispülen. Ohne diese Spülwirkung wäre die Emsmündung längst versandet, wie man an Modellen erprobt hat. Der Dollart gehört zu etwa vier Fünfteln den Holländern, die das letzte Fünftel gut gebrauchen könnten, um, wie seit langem geplant, den ganzen Meerbusen einzudeichen und dadurch 10 000 ha Neuland zu gewinnen. Zuletzt wurde diese Forderung 1949 abgewehrt.

In der Zwischenzeit haben die Emdier bei der Verteidigung ihrer Fahrrinne einen holländischen Bundesgenossen bekommen. Gegenüber Emden, auf holländischer Seite, liegt der bisher unbedeutende Hafen Delfzijl, die Verbindung der industriell immer stärker werdenden Provinz Groningen zu den Weltmeeren. Delfzijl ist in den letzten Jahren mit einem Einsatz

von 200 Mill. Gulden bedeutend erweitert worden; es ist an der Fahrrinne genau so interessiert wie Emden, will also nichts von der Eindeichung des Dollart wissen. Das endgültige Bündnisangebot bekamen die Emden über das "Algemeen Handelsblad" (Amsterdaz) unter der Überschrift: "Delfzijl und Emden haben ein gemeinsames Anliegen: einen guten Zuweg zur See". Das Angebot hat aber einen Haken: die Niederländer wollen, was sie heute nicht haben, Hoheitsrechte in der Fahrrinne, mit anderen Worten, eine solche Verlegung der heute an der holländischen Küste verlaufenden Grenze, dass die Fahrrinne in eine deutsche und eine niederländische Einflusszone geteilt wird. In der Praxis würde das bedeuten, dass für die Freihaltung der Fahrrinne und für die "Befeuerung" (Belichtungsanlagen) der ganzen Emsmündung nicht mehr nur die Deutschen allein verantwortlich wären, sondern, dass Den Haag sich beteiligen würde. Das hat nun die Emden gespalten: man möge es bei den jahrhundertalten Grenzen lassen, sagen die einen; es würde also alles beim alten bleiben. Andere wiederum meinen, dass die nicht geringen Kosten für die Erhaltung der Fahrrinne nun geteilt und die respektablen Erfahrungen der Holländer im Wasserbau ausgenützt werden könnten.

Noch ist aber nicht klar, welche "Partei" in Den Haag siegt. Da ist einmal das Landwirtschaftsministerium, das den Dollart zu Land machen will, dabei unterstützt von Rotterdam, das Emden als einen Konkurrenzhafen betrachtet. Aber die Dollart-Eindeichung würde viel Geld kosten, das die Holländer zur Zeit nicht haben. Da ist ferner die Industrie von Groningen, die auf Delfzijl pocht. Schliesslich ist da die Regierung in Den Haag, die, wie Holländer ihren Freunden in Emden erzählt haben, ein "Spectaculum" brauche, eine optisch auffallende Grenzänderung. Von einem "Spectaculum" wissen aber auch die Bundesregierung selbst Leute in Emden nicht frei, die sonst zum heutigen Bonn einen guten Draht haben. Ein massgebender Wirtschaftsmann in Emden sagt es unverblümt: "Es stehen Wahlen vor der Tür und dem Kanzler stünde gut zu Gesicht, wenn er die "Heimholung" von 10 000 Deutschen melden könnte. Irgendetwas müsste er dafür zahlen und das kann, wie die Dinge liegen, nur hier oben an der Küste geschehen".

* * *

8. Novelle - ein SPD-Erfolg

33. In dieser Woche wird der Bundestag die 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz aller Vorworte nach einstimmig verabschiedet. Der Name 8. Novelle trägt, denn es handelt sich nicht um eine der üblichen kleinen Abänderungsgesetze, sondern im Grunde genommen um eine völlige Überarbeitung des Lastenausgleichsgesetzes, von dem man heute sagen kann, dass es bis 1979 - dem Zeitpunkt seines Auslaufens - 57 Milliarden DM erbringen wird, von denen 27 Milliarden DM für Sozialleistungen und etwa 30 Milliarden DM für die Hauptentschädigung ausgegeben werden.

Doch zurück zur 8. Novelle, bei der die SPD für sich in Anspruch nehmen kann, wesentlich zu ihrer Verbesserung beigetragen zu haben, wie auch die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion durch ihren Antrag vom 22. Februar 1956 wieder den Anstoß gab, während die Vorlage der Bundesregierung erst ein Jahr später im Februar 1957 kam.

Eine der wesentlichsten Verbesserungen ist die Erhöhung der Unterhaltshilfe um jeweils 20 %. Das bedeutet beispielsweise für ein Ehepaar mit einem Kind eine monatliche Aufbesserung der Unterhaltshilfe von DM 185,- auf DM 222,-.

Den größten Wert hat die SPD aber auf eine Verbesserung der Hausratsentschädigung gelegt, da die Mehrzahl der Lastenausgleichsberechtigten eben nur diese eine Entschädigung erhalten werden. Es sind Anträge der SPD und des BHE, die zu dieser Verbesserung geführt haben, selbst wenn die CDU im Verlaufe der Beratung einmal fälschlich behauptete, es habe sich um einen Antrag ihres Abgeordneten Kunze gehandelt. Diese SPD- und BHE-Anträge führen nun zu einer Erhöhung der Hausratsentschädigung in allen drei Gruppen um je DM 400,- und der Kinderzuschläge um je DM 50,-. Bei einem Grundbetrag von bisher DM 800,- hat beispielsweise eine Familie mit drei Kindern insgesamt DM 1 400,- Hausratsentschädigung erhalten. Nach der erfolgreichen Initiative der SPD wird die gleiche Familie in Zukunft DM 2 000,- bekommen.

Das ist ein außerordentlich großer Erfolg, den die Sozialdemokratie für sich verbuchen kann.

Aber auch darüber hinaus hat sich die SPD um zahlreiche Verbesserungen bemüht. So werden jetzt die Sowjetzonenflüchtlinge mit C-Ausweis, mit Ausnahme der Hauptentschädigung die gleichen Leistungen erhalten, die landwirtschaftlichen Einkommensteuern wurden um 33 1/3 % verbessert und - gleichfalls ein SPD-Antrag - die Vermögensabgabe für Westberlin wird bis 1979 um zwei Drittel ermäßigt.

Tenngleich auch nicht alle Vorschläge der SPD verwirklicht worden sind, so kann man mit dem erzielten Kompromiss außerordentlich zufrieden sein.

Eine beachtliche Erklärung

sp- Der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz hat zum Abschluss seines Indien-Besuches in Kalkutta eine Erklärung abgegeben, die besonders für Deutschland von grösster Bedeutung ist. Cyrankiewicz sagte im Hinblick auf die bekannte Stellungnahme der Bundesregierung, die Bundesrepublik werde keine Revision der deutsch-polnischen Grenze gewaltsam erzwingen, man sollte sich nicht nur mit einer solchen Erklärung begnügen, sondern diese in einem internationalen Übereinkommen festlegen.

Dieser polnische Wunsch ist nicht neu. Er wurde schon bei früheren Gelegenheiten geäussert und kehrte mehrfach bei inoffiziellen Gesprächen mit deutschen Journalisten und anderen deutschen Besuchern Polens wieder.

Ausserst beachtlich und neu ist dagegen die Bemerkung Cyrankiewicz's in dem Moment, in dem Deutschlands Friedfertigkeit als sicher anzusehen sei, bestehe keine Notwendigkeit mehr für den Warschauer Pakt und für die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen.

Damit ist zum ersten Mal von dem Regierungschef eines der Ostblockstaaten öffentlich die Revisionsmöglichkeit des Warschauer Paktes angedeutet worden. Bisher wurde von westlicher Seite eine ähnliche Erklärung für unmöglich gehalten.

Es ist kaum anzunehmen, dass der polnische Ministerpräsident kurz nach dem Besuch des Herrn von Brentano in Indien eine solche Erklärung abgegeben hat, ohne damit das deutsch-polnische Gespräch befruchten zu wollen. Wenn in den nächsten Tagen diese Erklärung von höchster polnischer Stelle nicht dementiert wird, sollte der Westen ernsthaft prüfen, inwieweit die von Cyrankiewicz bekundete Zielsetzung der polnischen Politik mit westlichen Vorstellungen von der Revisionsmöglichkeit sowohl der NATO wie auch des Warschauer Paktes in Einklang zu bringen ist.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel